

Niederschrift

Gremium	Sitzung - GESO/Z002(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Gesundheits- und Sozialausschuss	Donnerstag, 29.11.2007	Altes Rathaus, Hansesaal	17:00Uhr	19:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Aussagen des Landesrechnungshofes zur Stellungnahme zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes des LSA
eingeladen: LRH Sachsen-Anhalt
- 4 Vorstellung des neuen Geschäftsführers der ARGE, Herr Müller
eingeladen: GF der ARGE
- 5 Verbesserung der Zusammenarbeit der ARGE mit dem Stadtrat
BE: GF ARGE
- 6 Informationen

6.1 I 0305/07 - Feststellenansatz ARGE GmbH
eingeladen: Amt 50, GF ARGE

7 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Thorsten Giefers

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Dr. Jürgen Hildebrand

Stadtrat Dr. Gerhard Reichel

Beratende Mitglieder

Stadtrat Mirko Stage

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Dieter Weigelt

Sachkundiger Einwohner Klaus-Peter

Westphal

Geschäftsführung

Frau Evelyn Pietschmann

Mitglieder des Gremiums

Vors. des Stadtrates Jens Ansorge

Stadtrat Norbert Bischoff

Stadtrat Johannes Rink

Beratende Mitglieder

Stadträtin Birgit Kriese

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundige Einwohnerin Annett Hörold

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtrat Giefers eröffnet die gemeinsame Sitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und Beschäftigungspolitik (RWB). Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung für die gemeinsame Sitzung wird bestätigt. Weitere Vorschläge gibt es nicht.

3. Aussagen des Landesrechnungshofes zur Stellungnahme zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes des LSA eingeladen: LRH Sachsen-Anhalt

Aufgrund eines Berichtes der Volkstimme Magdeburg über Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der Landeshauptstadt Magdeburg mit dem Schwerpunkt „Prüfung der Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), bot der Landesrechnungshof dem Stadtrat an, in den zuständigen Ausschüssen Erläuterungen zu den Feststellungen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen zu geben. Aus Sicht des Landesrechnungshofes wurde die Einschätzung durch die Presse verkürzt dargestellt.

Ministerialdirigent Wilnis S. Tracums und Herr Oliver Mirschinka vom Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt stellten sich den Fragen der Stadträte.

Herr Tracums führte aus, das sich der Landesrechnungshof bei seinen Bewertungen und Empfehlungen an die Vorgaben des SGB II und der Rechtsprechung insbesondere des Bundesverwaltungsgerichts zum BSHG und des Bundessozialgerichtes zum SGB II gehalten habe. Der Landesrechnungshof (LRH) verwies auf über dem Landesdurchschnitt und über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer liegende Aufwendungen für Unterkunft und Heizung. Auch die Höhe der Grundmiete hält der LRH für unangemessen, der LRH empfiehlt die Erstellung eines Mietspiegels. Frau Rosam antwortet, dass die Erstellung eines Mietspiegels Aufgabe der Landeshauptstadt sei. Herr Villard informiert, dass der OB diesen für die Landeshauptstadt befürwortet und bereits einen Arbeitsauftrag erteilt hat. Ein weiterer Kritikpunkt war der 13% Aufschlag auf die Grundmiete, nach Meinung des LRH werde der Wegfall nicht zu einer Umzugswelle führen. Ohne 13% Regelung hätten mehr Leistungsempfänger zum Umzug aufgefordert werden müssen. Wird der Umzug nicht in Selbsthilfe ausgeführt, sind Kosten von ca. 2000 – 3000 Euro anzusetzen. Aber durch Änderung der Unterkunftsrichtlinie wird zukünftig in jedem Einzelfall über die Wirtschaftlichkeit entschieden. Die Problematik der Heiz- und Betriebskosten muss noch in der Unterkunftsrichtlinie neu geregelt werden. Die Aktenführung allgemein wurde ebenfalls durch den LRH bemängelt, die Zusammenarbeit zwischen den Fachbereichen sollte verbessert werden. Ebenso sollte eine kontinuierlichere Auswertung der Rechtsprechung erfolgen.

Da die Bundesagentur zentral von Nürnberg geführt wird, ist eine praktische Umsetzung oft schwierig. Frau Rosam bemerkt das die Einführung einer neuen Aktenordnung für bessere Kontrolle sorgt. Die gegenseitige Aktenlesbarkeit ist gewährleistet.

4. Vorstellung des neuen Geschäftsführers der ARGE, Herr Müller
eingeladen: GF der ARGE
-

Herr Müller, Geschäftsführer der ARGE, stellte sich vor.

5. Verbesserung der Zusammenarbeit der ARGE mit dem Stadtrat
BE: GF ARGE
-

Frau Rosam und Herr Müller (Geschäftsführung ARGE) stellten sich den Fragen der Stadträte. Stadtrat Dr. Hildebrand möchte wissen, ob alle Belange an den ARGE-Beirat überwiesen werden müssen. Frau Bröcker antwortet, dass die Grundlage im SGB II liegt. Die Stadt hat eine Satzung beschlossen. Spielräume innerhalb der GmbH können diskutiert werden. Stadtrat Westphal sieht eine sinnvolle Zusammenarbeit und Beschlussfassung nur, wenn Anregungen durch die ARGE erfolgen. Frau Rosam betont, das eine Zusammenarbeit mit der Stadt unbedingt erwünscht ist. Auch von der Stadt sollen Probleme signalisiert werden, es wird sich immer bemüht diese aus dem Weg zu räumen. Herr Müller weist darauf hin, dass durch die ARGE keine Stadtratsbeschlüsse initiiert werden können. Ratschläge werden gern angenommen. Stadtrat Brüning möchte wissen ob die Möglichkeit besteht, den MD-Pass auch in der ARGE auszugeben um dem Bürger unnötige Wege und Fahrtkosten zu ersparen. Frau Rosam informiert, dass der Magdeburg-Pass eine freiwillige Leistung der Stadt ist. zurzeit werden durch die ARGE 35000 Kunden betreut. Schon jetzt wurden durch die Mitarbeiter Überlastungsanzeigen gestellt, da jeder Mitarbeiter ca. 230 Bedarfsgemeinschaft bearbeitet. Unter dem derzeitigen Belastungsstand der Mitarbeiter ist eine zusätzliche Bearbeitung des MD-Passes nicht machbar.

6. Informationen
-

- 6.1. I 0305/07 - Feststellenansatz ARGE GmbH
eingeladen: Amt 50, GF ARGE
-

Gemäß Antrag A 0124/07 des Gesundheits- und Sozialausschusses hat der Stadtrat den OB beauftragt von der Agentur für Arbeit die Erhöhung des Feststellenansatzes innerhalb des Personalschlüssels der Jobcenter ARGE GmbH zu fordern. Die befristeten Arbeitsverträge sind ein bundesweites Problem. Herr Müller, Geschäftsführer der ARGE, informiert, dass zurzeit 345 Mitarbeiter der Bundesagentur, 58 städtische Mitarbeiter sowie 4 Mitarbeiter der Firma Vivento/Post bei der ARGE beschäftigt sind. 36 % der Mitarbeiter sind befristet eingestellt. 36 Mitarbeiter konnten bisher aus einer Befristung festangestellt werden. Es gibt Signale der BA das weitere Mitarbeiter festangestellt werden. 10 Mitarbeiter müssen zum Jahresende gehen da die Befristung ausläuft.. 5 weitere Mitarbeiter, welche die Arbeitsaufgaben nicht bewältigen konnten. Oberstes Gebot muss es jedoch eine Umwandlung der Befristungen sein, da die Einarbeitung und Schulung neuer Mitarbeiter einen enormen Zeitaufwand bedeute.

Nach Informationen der Arbeitsagentur Magdeburg hat das Bundesministerium für das Jahr 2008 weitere 6000 Stellen als Festeinstellung bundesweit in Aussicht gestellt. Es bleibt abzuwarten wie die Verteilung auf die einzelnen Bundesagenturen erfolgt.

7. Verschiedenes

Es gab keine Anfragen der Stadträte.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Thorsten Giefers

Vorsitzende/r

Evelyn Pietschmann

Kathleen Uniewski

Schriftführer/in